

Dienstag (Vormittag), 4. September 2018

Staatskanzlei

6 2018.RRGR.294 Motion 087-2018 Veglio (Zollikofen, SP) Radiostudio gehört nach Bern

Präsident. Wir kommen zum Traktandum 6, der Motion «Radiostudio gehört nach Bern». Ich erteile der Motionärin das Wort. Grossrätin Veglio muss sich noch anmelden.

Mirjam Veglio, Zollikofen (SP). Ich gebe als Erstes meine Interessenbindung bekannt: Ich bin Vorstandsmitglied der Genossenschaft «SRG Bern Freiburg Wallis» und fühle mich dadurch dem Medienstandort Bern verpflichtet. Es vergeht aktuell kaum ein Tag, an dem das Radiostudio Bern nicht in der Tagespresse erwähnt wird. Man konnte lesen, dass Alt-Bundesrat Ogi und SVP-Präsident Rösti den SRG-Generaldirektor Gilles Marchand in der Wandelhalle des Bundeshauses in die Mangel nehmen. Regierungsrat Christoph Neuhaus, der Berner Stadtpräsident Alec von Graffenried und der Freiburger Ständerat Beat Vonlanthen ermahnen die SRG gemeinsam an der Protestkundgebung auf dem Bundesplatz, diese Sparidee, das Radiostudio Bern nach Zürich zu verlegen, doch bitte zu begraben. Das Radiostudio Bern vereint sogar alle Fraktionspräsidien des Berner Stadtrats. Zürich greift wieder einmal nach dem Radiostudio Bern, und Bern wehrt sich mit vereinten Kräften und schöpft alle Möglichkeiten aus. Es gilt, den Druck auf die SRG aufzubauen und ein klares Zeichen zu setzen für den Medienstandort Bern – diese schädliche Sparidee soll wirklich begraben werden.

Dies ist auch die Absicht dieser Motion. Wir leben im Zeitalter von Facebook, Twitter und Push-Nachrichten. Meinungen und Haltungen gelten als die neuen Fakten. Umso wichtiger sind gehaltvolle Sendungen mit Hintergrundinformationen wie zum Beispiel das «Echo der Zeit», das «Rendez-vous» und «Heute Morgen» von Radio SRF, produziert im Radiostudio Bern. Das Radio SRF steht seit Jahren auf einem Spitzenplatz, wenn es um Glaubwürdigkeit und Qualität geht, und geniesst bei den Menschen grosses Vertrauen. Dies ist ein sehr wertvolles Gut, welches nicht leichtsinnig aufs Spiel gesetzt werden darf. Eine weitere Konzentration der Medien in Zürich stösst auch in breiten Teilen der Bevölkerung auf grosse Skepsis – zu Recht, wie ich meine. Die regionale Verankerung der SRG war ein wichtiges Argument im Abstimmungskampf gegen die «No Billag»-Initiative. Heute ist die SRG bereit, diesen zentralen Punkt einfach zu opfern, zulasten von Bern. Es ist nicht verwunderlich, dass der SRG in der öffentlich geführten Debatte Wortbruch vorgeworfen wird. Es waren schliesslich die Regionen, die sich damals für die SRG stark gemacht hatten. Die gebührenfinanzierte SRG ist der ganzen Schweiz verpflichtet. Die Schweiz ist mehrsprachig und vielfältig. Gerade Bern hat eine wichtige Brückenfunktion inne zwischen der West- und der Deutschschweiz. Von Bern aus ist ein ganzheitlicher Blick auf alle Regionen der Schweiz möglich. Von Zürich aus ist dies ein wenig anders, und Zürich alleine ist nicht die Schweiz.

Die SRG als Arbeitgeberin ist für die Region und für die Stadt Bern zudem von grosser volkswirtschaftlicher Bedeutung. Vom Umzug wären rund 170 Stellen betroffen, die von Bern nach Zürich verlagert würden. Dieser Abbau von hochqualifizierten Arbeitsstellen würde unsere Region Bern schmerzlich treffen. Bern als Bundeshauptstadt und als Hauptstadtregion ist das politische Zentrum der Schweiz und braucht deshalb einen starken Medienstandort. Das Radio ist das Flaggschiff der politischen Berichterstattung der SRG und gehört deshalb zwingend in unsere Region. Die SRG will und muss sparen, so hat sie es auch nach der «No Billag»-Abstimmung versprochen. Dagegen haben wir gar nichts. Doch es gibt verträglichere Spar-Alternativen, ohne lange und gut Bewährtes aufs Spiel zu setzen und Bern derart zu schwächen. Verschiedene Möglichkeiten stehen im Raum. Der Wille der SRG-Spitze, diese zu prüfen, fehlt zurzeit leider noch. Voraussichtlich Mitte September entscheidet der Verwaltungsrat der SRG, wie die Zukunft des Radiostudios Bern aussehen wird. Bleibt es in Bern, oder wird es wirklich nach Zürich-Leutschenbach verlegt? – Ich danke dem Regierungsrat für seine Antwort und anerkenne gleichzeitig das grosse Engagement und den Willen der Regierung, das Radiostudio Bern in Bern zu erhalten.

Zur Abstimmung stelle ich mich folgendermassen: Es bleiben noch rund zwei Wochen bis zum Entscheid, und ich vertraue der Regierung, dass sie ihr Engagement aufrechterhält. Es blinkt schon, ich komme zum Schluss: Wir in diesem Saal können ein klares Zeichen setzen, indem wir diese Motion möglichst einstimmig unterstützen. Ich danke Ihnen vielmals für ein Ja.

Präsident. Ich gebe zuerst der Mitmotionärin das Wort. – Nein, Grossrätin Luginbühl verzichtet auf dieses Privileg. Somit spricht Bruno Vanoni für die Grünen.

Bruno Vanoni, Zollikofen (Grüne). Im Unterschied zu meiner Vorrednerin muss ich keine Interessenbindung offenlegen, aber vielleicht einem Missverständnis vorbeugen. Ich war in jungen Jahren für die SRG tätig, aber nur für das Regionaljournal Ostschweiz im Regionalstudio St. Gallen, und nicht im Radiostudio Bern. Eigentlich müsste man der umfangreichen Argumentation der Motionärin und des Regierungsrats inhaltlich nichts mehr beifügen. «Hände weg vom Radiostudio Bern!» – das hat Regierungspräsident Christoph Neuhaus an der Kundgebung letzten Mittwoch auf dem Bundesplatz gerufen. Auch dem kann man nur beipflichten. Der Regierungsrat und seine Mitglieder verdienen Dank und Anerkennung für all die Schritte und Gespräche, die sie in den letzten Monaten zur Rettung des Radiostudios Bern unternommen haben. Sein Antrag, diese Motion anzunehmen und als «erledigt» abzuschreiben, mag formal vertretbar sein, aber mit einer Zustimmung zum Antrag auf Abschreibung setzen wir ein falsches Signal.

Eigentlich kann man diese Motion erst abschreiben, wenn die Bemühungen des Regierungsrats zum Erfolg geführt haben und das Radiostudio Bern wirklich in Bern bleibt. Hinter den Kulissen klingt es zurzeit gar nicht danach. Deshalb müssen sowohl wir als auch der Regierungsrat einen Zacken zulegen. Die Frage ist, wie dies geschehen könnte. Es gibt dazu drei Ideen oder Ansätze: Die SRG hat vom Bundesrat letzte Woche eine neue Konzession erhalten. Darin würde sie in Artikel 3 Absatz 4 unter anderem verpflichtet, den Zusammenhalt unter den Landesteilen zu fördern und die Besonderheiten des Landes sowie die Bedürfnisse der Kantone zu berücksichtigen. Diese Grundsätze betreffen explizit das publizistische Angebot, stehen jedoch im Kapitel «Allgemeine Bestimmungen». Diese müssten eigentlich auch für das unternehmerische Gebaren und die Standortpolitik der SRG wegleitend sein.

Die Grünen haben im April 2018 in der Vernehmlassung zur neuen SRG-Konzession darauf hingewiesen, dass die Verankerung der SRG in den verschiedenen Regionen der Schweiz – auch innerhalb der Deutschschweiz – zur Grundidee des medialen Service Public, zur «idée suisse» gehört. Die Grünen haben damals dem Bundesamt für Kommunikation (BAKOM) geschrieben: «Eine Verlagerung des Radiostudios Bern nach Zürich würde nicht nur die Brückenfunktion der Hauptstadt schwächen, sondern hätte auch unerwünschte publizistische Nebenwirkungen.» Die Grünen haben deshalb in einem ersten Grundsatz für die neue SRG-Konzession gefordert: «Die SRG SSR trägt in ihren Strukturen den föderalen Gegebenheiten der Schweiz Rechnung.» Ein solcher Grundsatz ist in der neuen SRG-Konzession leider nicht zu finden. Es stellt sich deshalb die Frage, ob es der Bundesrat verpasst oder vielleicht bewusst vermieden hat, die SRG auch auf die Verankerung in den verschiedenen Regionen auch innerhalb der grössten Sprachregion zu verpflichten. Darauf hinzuweisen und dies vielleicht auch zu kritisieren, wäre eine erste Idee, um einen Zacken zuzulegen. Man könnte sich auch darüber beschweren, dass dies im erwähnten Artikel 3 Absatz 4 der neuen SRG-Konzession auch mitgemeint ist. Vielleicht müsste man in diesem Zusammenhang auch darauf hinweisen, dass der Bundesrat die SRG-Gebühren gesenkt hat. Davon profitieren wir alle. Aber dies hat das grosse Sparprojekt der SRG ausgelöst und das Radiostudio Bern infrage gestellt. Es wäre deshalb interessant zu erfahren, wie stark die Angebote von Stadt und Kanton Bern im Liegenschaftsbereich den Spareffekt einer Radiostudioverlegung nach Zürich vermindern würden. Der Regierungsrat hat in seiner Antwort davon geschrieben. Dies wäre die zweite Idee, um einen Zacken zuzulegen.

Nun noch ein dritter Gedanke: Der drohende Wegzug des Radiostudios Bern steht aus meiner Sicht in einem grösseren Zusammenhang. Es geht für Bern und für die Hauptstadtregion bereits um die dritte Schwächung von medien- und staatspolitisch interessanten Institutionen in ganz kurzer Zeit. Das frühere Politforum des Bundes, welches der Bundesrat totsparen wollte, haben Stadt und Kanton mit weiteren Partnern gerettet, auch mit Unterstützung des Grossen Rats. Anlässlich der Novembersession haben wir hier drin versucht, uns gegen publizistische Abbaupläne und Entlassungen beim Medienunternehmen Tamedia und bei der Schweizerischen Depeschenagentur (SDA) zu wehren. Jetzt droht die Schliessung des Radiostudios Bern. Wenn es nicht gelingt, dies zu verhindern, befürchte ich, dass es mit dem staats- und medienpolitischen Bedeutungsverlust von Bern

immer weitergehen wird. Setzen wir ein Zeichen dagegen, legen wir einen Zacken zu und schreiben wir diese Motion noch nicht als erledigt ab!

Jean-Luc Niederhauser, Court (FDP). La faible croissance mise en évidence par cette motion est un problème sur lequel il y a effectivement lieu d'être attentif. Cependant, comme le relève le Conseil-exécutif, ce sujet n'est pas de la compétence du Grand Conseil, mais de sa propre compétence. Le Conseil-exécutif et toutefois prêt à étudier cette requête dans le cadre du processus d'élaboration du programme gouvernemental de législature, et propose d'adopter cette demande sous forme d'un postulat. Le groupe PLR a décidé de rejeter cette motion et de l'accepter sous forme d'un postulat.

Anita Luginbühl-Bachmann, Krattigen (BDP). Auch ich möchte als Erstes meine Interessenbindung bekannt geben. Ich bin Genossenschafterin von SRF Bern Freiburg Wallis. Dies aufgrund der Überzeugung, dass Mitteilungen aus der Region, seien es Radiomeldungen oder seien es Meldungen via Printmedien, trotz oder wegen der Flut von News aus der ganzen Welt für die Bevölkerung einer Region von grosser Wichtigkeit sind. Gerade auch für die ältere Generation gehört das Radio zum Fenster oder zum Ohr zur Aussenwelt und nimmt im Tagesablauf einen hohen Stellenwert ein. Die BDP hat sich stark gegen die «No Billag»-Initiative gewehrt, auch wegen der Punkte, die ich anfangs erwähnt habe. Das Aufrechterhalten der Medienvielfalt, die Nähe zur Bevölkerung mit regionalen Standorten und die grosse Akzeptanz des Schweizer Fernsehens generell waren die Gründe, warum die Abstimmung für die Gegner der Initiative ein voller Erfolg war. Dass die SRG kurz nach der Abstimmung und damit wie gesagt nach dem grossen Zeichen der Bevölkerung für das staatliche Fernsehen die Verlegung des Radiostudios Bern nach Zürich aus Spargründen angekündigt hat, ist auch für die BDP unverständlich. Es zeugt aus unserer Sicht von einer gewissen Insensibilität der SRG-Spitze. Es war vielleicht blauäugig zu glauben, das Vorhaben, das Studio Bern zu schliessen, ginge nach einem so intensiven Abstimmungskampf mit starken und klaren Voten und einem solchen Resultat ohne Widerstand über die Bühne. Der Protest wegen des Umzugs und des geplanten Wegfalls von 170 Stellen war von Anfang an gross und wird immer grösser. Mittlerweile stellen sich sogar namhafte Politikerinnen und Politiker – auch aus Zürich und anderen Regionen – mit klaren Worten hinter das Radiostudio und den Standort Bern; Stichwort: «Die Schweiz ist mehr als Zürich». Auch wir machen auf den Protestanlass von letzter Woche aufmerksam, wo diverse Menschen, darunter bei Weitem nicht nur Medienvertreter, ihren Unmut über die Schliessung kundtaten.

Die BDP schliesst sich der Meinung der Motionäre und des Regierungsrats vollumfänglich an. Die BDP nimmt die Motion einstimmig an und hofft somit, für den Standort Bern weiterkämpfen zu können. Wir danken dafür, dass sich der Regierungsrat stark einsetzt, und wir danken für die klare und deutliche Antwort auf die Motion. Die BDP ist sicher auch der Meinung, dass sich die SRG wirtschaftlich ausrichten soll und muss, und dass die angekündigten Einsparungen auch angegangen werden müssen. Dazu gehören ganz bestimmt auch die Mietkosten sowie die allgemeinen Kosten. Wir hoffen sehr, dass sich in dieser Diskussion Lösungen finden lassen. Leider ist die Geschichte noch nicht zu Ende, wir haben es gehört: Der definitive Entscheid fällt irgendwann im September. Wir möchten deshalb den politischen Druck aufrechterhalten und lehnen die Abschreibung einstimmig ab.

Präsident. Für die Députation hat Peter Gasser das Wort.

Peter Gasser, Bévillard (PSA). Au nom de la députation francophone, je vous recommande d'adopter la présente motion. Ainsi que l'a mentionné la motionnaire, notre région a l'instar du canton de Berne s'est fermement opposée à l'initiative «No Billag». Ce résultat traduit une forte volonté populaire de conserver une information neutre, à même d'assumer la diversité linguistique et culturelle de notre pays. Sous la pression de groupes privés dont les velléités reposent avant tout sur les dividendes à redistribuer à leurs actionnaires, notre paysage médiatique est d'ores et déjà en train de perdre de sa substance, soit l'indépendance et le regard critique propre à chaque région linguistique. En cas de déménagement, il est pour le moins choquant de constater que la capitale politique de notre confédération serait ainsi traitée de région périphérique, puisque seules les berges de la Limmat semblent convenir aux investisseurs. Par ailleurs, la présence ici à Berne de la rédaction apporte cette proximité nécessaire pour bien sentir les thématiques chères à notre région, en particulier pour les francophones. Combien même la technique permet d'avoir un centre décisionnel

éloigné, le feeling politique ne sera forcément pas le même si cette centrale décisionnelle est située aux antipodes des régions concernées. Les francophones sont très attachés aux médias de service public, car de par sa définition, un tel média n'est pas uniquement soumis au principe de rentabilité, mais également à une présence régionale équitable pour assurer des places de travail dans plusieurs régions linguistiques.

Ne sacrifions pas sur l'autel des économies une organisation qui a fait ses preuves, et qui contribue à la formation de l'opinion publique, thématique essentielle dans notre démocratie directe. Nous remercions également le gouvernement pour les diverses démarches entreprises afin de conserver ce studio ici à Berne. Nous constatons avec satisfaction que ces dernières ont depuis le début de l'année multiplié les démarches afin de faire entendre notre point de vue que je me permets de qualifier de «voix de la raison». Afin de donner au Conseil-exécutif toute la légitimité pour continuer à maintenir une certaine pression sur les organes dirigeants de la SSR, il nous semble primordial d'accorder un très large soutien à cette motion. Je vous remercie pour votre attention et votre soutien.

Präsident. Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion spricht Grossrat Graf.

Urs Graf, Interlaken (SP). Die SP-JUSO-PSA-Fraktion unterstützt die Motion Veglio einstimmig. Zu einer Hauptstadt gehört ein Radiostudio. Das Kostenargument der SRG – wenn es denn tatsächlich stimmt, was ich aufgrund verschiedener anderer Projekte zu bezweifeln wage – greift zu kurz und zeugt von wenig Sensibilität. Der Eindruck entsteht, dass die SRG das vermeintliche Kostensparprojekt, welches schon lange vorliegt, im Sog der Versprechungen im Zusammenhang mit der «No Billag»-Abstimmung umsetzen will. Hier geht es jedoch nicht mehr nur um Kosten, sondern es geht um die geografische Nähe des staatlichen, öffentlich finanzierten Leitmediums zur eidgenössischen Politik, um qualifizierte Arbeitsplätze hier in Bern, um Pendlerströme und – ganz wichtig – um Regionalität. Die Schweiz lebt gut mit ihren dezentralen Strukturen und ist ein eigentliches Erfolgsmodell. Ohne Not wird nun dieses Erfolgsmodell in einem ganz wichtigen Punkt infrage gestellt. Mit der Verlegung des Radiostudios nach Zürich wird dem Primatsanspruch der Wirtschaft gegenüber der Politik in geradezu schamloser Weise nachgegeben. Hier muss sich die Politik wehren. Wir unterstützen deshalb die Motion Veglio mit Überzeugung.

Barbara Stucki, Stettlen (glp). Den Grünliberalen ist es klar, dass nach der «No Billag»-Debatte und aufgrund der vereinbarten Gebührensenkung auf 365 Franken pro Jahr und Haushalt Sparmassnahmen bei der SRG umgesetzt werden müssen. Dazu soll die SRG auch unternehmerische Freiheiten nutzen dürfen. Doch die SRG hat auch einen staatlichen Leistungsauftrag. Ihre Aufgabe besteht darin, die Schweizer Bevölkerung, und damit auch uns alle in diesem Saal, über Gesellschaftliches und Politisches, über Hintergründe und über Tagesaktuelles zu informieren. Dabei muss sie die sprachliche und kulturelle Vielfalt der Schweiz berücksichtigen. Mit einer Zentralisierungsstrategie läuft die SRG Gefahr, ihre Nähe zur Bevölkerung zu verlieren. Die Schweiz ist mehr als Zürich, wie wir heute schon mehrmals gehört haben.

Dass die SRG einen grossen Rückhalt bei den Schweizerinnen und Schweizern geniesst, hat das eindeutige Abstimmungsergebnis zur «No Billag»-Initiative eindrücklich gezeigt. Es wäre ungeschickt, wenn die SRG jetzt ihre Verankerung in den Regionen aufgäbe und die Mehrheit ihrer Medienschaffenden von Zürich aus agierte. Gerade in Zeiten, wo private Medienhäuser ihre Redaktionen reihenweise zusammenlegen und damit die Gefahr eines medialen Einheitsbreis steigt, wäre es für die SRG eine Chance, sich anders zu positionieren. Es geht nicht um Lokalpatriotismus. Bern ist unsere Hauptstadt und das politische Zentrum unseres Landes. Trotz der Digitalisierung sind wir kritisch, ob es jemandem gelingt, sein Netzwerk aufrechtzuerhalten, wenn er oder sie den Lebensmittelpunkt nicht mehr an einem bestimmten Ort hat.

Der Regierungsrat hat in seiner Vorstossantwort umfangreich dargelegt, was er bis jetzt schon alles unternommen hat, um die SRG-Leitung davon zu überzeugen, das Radiostudio in Bern zu belassen. Wir sind dem Regierungsrat sehr dankbar dafür und bestärken ihn darin, sein Engagement weiterzuführen. Speziell begrüssen wir, dass unsere Regierungsmitglieder nicht nur strategische Gespräche führen, sondern auch konkrete Lösungsvorschläge zur Standortfrage des Platzes Bern bieten. Unsere Fraktion unterstützt diese Motion. Bei der Abschreibungsfrage sind wir uns nicht einig.

Walter Schilt, Utzigen (SVP). Die Argumente sind wohl schon fast alle genannt worden. Die SVP-Fraktion unterstützt diesen Vorstoss in allen Teilen, bestreitet jedoch die Abschreibung. Hier darf

man noch ein wenig Gas geben. Wichtig ist es vor allem, der SRG zu sagen: «Zürich ist nicht die Schweiz, und die SRG ist nicht Zürich.» Sparen ist schön, es ist gut, es ist ein hehres Ziel. Doch ich denke, es ist hier nicht einmal sicher, ob man überhaupt etwas spart, und der Schaden, den man anrichtet, ist nicht aufzuwiegen mit dem, was man tatsächlich sparen würde. Deshalb: Das Radiostudio gehört in die Hauptstadt, sonst verkommen wir zur Dependence von Zürich, was nicht sein darf. Amen.

Ruedi Löffel-Wenger, Münchenbuchsee (EVP). Meine Interessenbindung: Ich halte das «Regionaljournal Bern Freiburg Wallis» für eines der besten, informativsten und für mich als Kantonspolitiker wichtigsten Medienprodukte. Ich habe ein grosses Interesse daran, dass dieses weiterhin von Bern aus produziert wird, und kann mir schlecht vorstellen, dass diese Sendung sowie viele andere Sendungen von Zürich aus auch nur halbwegs so gut produziert werden könnten wie hier in Bern. Abgesehen davon ist Bern die Bundeshauptstadt, und es ist klar, dass hier das politische Zentrum liegt und dass das Radiostudio hierhin gehört. Für die EVP ist es ganz klar, dass wir diese Motion einstimmig unterstützen. Wenn das Radiostudio Bern geschlossen und zerschlagen würde, würde sich die SRG einen kapitalen Fauxpas leisten. Ich persönlich habe mich sehr stark gegen die «No Billag»-Initiative engagiert. Aber die Arroganz und die schnoddrige Art und Weise, wie die SRG-Leitung auftritt und das Radiostudio Bern schliessen will, ist für mich unerträglich. Ein andermal würde es wohl anders herauskommen, wenn die SRG grundsätzlich infrage gestellt wird. Die EVP unterstützt diesen Vorstoss. Sie unterstützt jedoch auch dessen Abschreibung. Wir sind gegen Zeichen- und Symbolpolitik. Die Regierung unternimmt alles und legt in ihrer Antwort auch dar, was sie alles schon gemacht hat. Wir von der EVP vertrauen darauf, dass die Regierung auch in der verbleibenden Zeit alles tun wird und es eine Selbstverständlichkeit ist, dass sie sich auf politischer Ebene gegen die Schliessung dieses Radiostudios wehrt. Deshalb können wir der Abschreibung so zustimmen.

Präsident. Wir kommen zu den Einzelsprechern. – Nein, Entschuldigung, wir kommen zuerst zum letzten Fraktionssprecher. Für die EDU hat Grossrat Schwarz das Wort.

Jakob Schwarz, Adelboden (EDU). Es wurde schon alles gesagt, nur etwas fehlt noch: Die EDU-Fraktion unterstützt diese Motion einstimmig und bestreitet deren Abschreibung.

Präsident. Damit kommen wir jetzt zu einem Einzelsprecher. Grossrat Sancar hat das Wort.

Haşim Sancar, Bern (Grüne). Gemütlich ist die Bootsfahrt nicht, dennoch sitzen wir alle im selben Boot. Auch die SRG ist mit dabei, möchte nun aber das Boot verlassen und ins trübe Wasser springen, und dies bei stürmischem Wetter. Es ist eine Seltenheit, dass sich die SRG, die sich ihrer Diversität rühmt, nun vom Credo der vielfältigen und differenzierten Berichterstattung verabschieden möchte. Dies ist auf jeden Fall nicht das Versprechen, welches die SRG während des «No Billag»-Abstimmungskampfs gegeben hat. Eine Konzentration der Medien in Zürich schadet der Medienvielfalt und erschwert die differenzierte Berichterstattung. Bern ist das Zentrum der Schweiz, Bern ist das Zentrum der Politik, wo die wichtigen Entscheide getroffen werden, es ist die Quelle wichtiger Informationen über das politische Geschehen. Bern ist ein Bindeglied zwischen der lateinischen und der deutschen Schweiz und selbst ein zweisprachiger Kanton.

Während der «No Billag»-Kampagne habe ich mich für die Gebühren und das Bestehenbleiben der SRG eingesetzt, Inserate gemacht und mehrere Leserbriefe für das «Echo der Zeit» aus Bern geschrieben. Viele Migrantinnen und Migranten waren gegenüber den Gebühren kritisch eingestellt. Ich habe ihnen erklärt, worum es geht. Ich habe sie informiert, damit sie bessere Entscheidungsgrundlagen haben. Heute fühle ich mich verraten, wenn die SRG das Politzentrum Bern verlassen möchte. Bern ohne SRG wäre ein Schlag gegen den Föderalismus, und die SRG würde sich damit mehr Schaden zufügen als sie durch Einsparungen gewinnen könnte. Mit einem Umzug geht ein grosses Wissen verloren, denn schon jetzt hören und wissen wir, dass ein grosser Teil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht umziehen wird. Die SRG soll die Idee eines Umzugs von Bern nach Zürich jetzt wirklich begraben. Der bisherige Schaden ist schon immens. L'idée suisse n'existe pas sans le studio à Berne. Die Motion darf nicht abgeschrieben werden, solange die SRG-Verantwortlichen den Umzugsgedanken nicht aus ihren Köpfen verbannt haben.

Präsident. Die Motionärin hat nochmals das Wort.

Mirjam Veglio, Zollikofen (SP). Ich danke für diese Voten und stelle fest, dass wir uns in dieser Sache einig sind: Das Radiostudio Bern soll in Bern bleiben. Ich habe mich vorhin noch nicht zur Abschreibung geäußert. Ich will die Abschreibung bestreiten und somit den Vorstoss nicht abschreiben, dies nicht im Sinne einer Nichtanerkennung der Bemühungen und des Einsatzes des Regierungsrats, sondern um den notwendigen Druck aufrechtzuerhalten. Ich möchte diese Motion nicht abschreiben, bis definitiv klar ist, dass das Radiostudio in Bern bleibt.

Christoph Auer, Staatsschreiber. Ich danke auch im Namen des Regierungsrats für diese Debatte. Es ist sehr erfreulich, dass über alle Fraktionen hinweg die Zustimmung zur Haltung des Regierungsrats zu hören war. Ich denke, diese parteienübergreifende Zustimmung und die einheitliche Haltung gegenüber dem Ansinnen der SRG, das Radiostudio nach Zürich zu verlegen, ist auch ein starkes Signal. Vielen Dank.

Ich möchte die Argumente nicht wiederholen, die der Regierungsrat in seiner Antwort aufgeführt hat. Ich möchte mich nur noch zur Frage der Abschreibung äussern. Bruno Vanoni hat gesagt, die Regierung müsse noch einen Zacken zulegen. Wir sind immer offen für neue Argumente. Ich habe auch Bruno Vanoni und den anderen gut zugehört, als sie sagten, was man noch vorbringen könne. Ich möchte hier Folgendes festhalten: Für die Regierung hat dieses Thema oberste Priorität. Es gab keine Regierungssitzung in den letzten Wochen, an der dieses Thema nicht diskutiert wurde. Die Regierung ist andauernd damit beschäftigt. In diesem Sinne kann man fast nicht mehr einen Zacken zulegen. Wie gesagt worden ist, hat die Regierung aus formellen, rechtlichen Gründen die Abschreibung beantragt, weil der Vorstoss verlangt, dass sich die Regierung bei der SRG dafür einsetzt, dass das Radiostudio in Bern bleibt. Die Regierung hat dies getan. Sie hat mit dem Verwaltungsrat der SRG sowie mit der Konzernleitung Gespräche geführt, zusammen mit der Stadt Bern und mit der Hauptstadtregion. Man hat unzählige Male geschrieben und sich eingesetzt. Insofern ist der Auftrag eigentlich erfüllt, aber ich verstehe auch, wenn man ein Signal aussenden und sagen will, dass dieser Auftrag andauert. Selbstverständlich wird die Regierung nicht die Hände in den Schoß legen und zur Tagesordnung übergehen. Insofern ist es für die Regierung auch kein Unglück, wenn Sie diese Abschreibung ablehnen und die Abschreibung im Rahmen des jährlichen Geschäftsberichts beantragt wird.

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Motion «Radiostudio gehört nach Bern» zustimmt, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja	140
Nein	7
Enthalten	1

Präsident. Sie haben diese Motion überwiesen mit 140 Ja- gegen 7 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung.

Wir stimmen noch über die Abschreibung ab. Wer diese Motion abschreiben will, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Abschreibung)

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja	11
Nein	133
Enthalten	6

Präsident. Sie haben diese Motion nicht abgeschrieben mit 133 Nein- gegen 11 Ja-Stimmen bei 6 Enthaltungen.

Ich kann mir folgende Bemerkung nicht verkneifen: Während der Debatte über diese Motion war es hier drin sehr ruhig. Die Gespräche der Kommissionen, die im Moment halt stattfinden müssen, fanden schön in der Wandelhalle statt. Sobald das Zeichen zur Abstimmung ertönte, wurden diese Gespräche in den Ratssaal verlegt, und während des Votums des Staatsschreibers herrschte eine recht grosse Unruhe. Ich bitte Sie, wie zuvor, Ihre Gespräche draussen in der Wandelhalle zu führen, denn dies war sehr angenehm. Ich bitte Sie jedoch, zuzuhören, sobald Sie den Saal betreten. Sie können ja nachher wieder gehen, denn das nächste Traktandum folgt sogleich.